

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXXVII. Jahrgang, Nr. 9

September 1964

Inhalt

Die österreichische Konjunktur zu Beginn der Herbstsaison 1964 317

*Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Landwirtschaft — Forstwirtschaft — Energiewirtschaft —
Industrieproduktion — Einzelhandelsumsätze und Verbrauch — Arbeitslage — Verkehr und Fremdenverkehr —
Außenhandel*

Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen

Die österreichische Konjunktur zu Beginn der Herbstsaison 1964

Brutto-Nationalprodukt im II. Quartal um 6% höher als im Vorjahr — Ausschöpfung der Produktivitätsreserven — Kräftige Belebung der Investitionen — Anhaltend hoher Zahlungsbilanzüberschuß — Starke Ausweitung der Kredite — Stabilisierungsvorschläge des Wirtschafts- und Sozialbeirates

Die österreichische Wirtschaft befindet sich gegenwärtig in der mittleren Phase eines Konjunkturaufschwunges. Das reale Nationalprodukt wächst rascher als im langjährigen Durchschnitt, die Lager werden aufgefüllt und die Investitionstätigkeit gewinnt an Schwung. Die von der Binnenwirtschaft ausgehenden Auftriebskräfte werden durch den lebhaften Ausländer-Fremdenverkehr verstärkt. Dagegen hält sich die Exportkonjunktur in verhältnismäßig engen Grenzen. Obschon das heimische Güterangebot dank innerbetrieblichen Produktivitätsreserven noch elastisch ist, nehmen die Importe überproportional zu. Die Zahlungsbilanz ist dennoch aktiv, da namhafte Devisen aus unsichtbaren Transaktionen eingeht. Die günstigen Konjunkturerwartungen regen die Kreditnachfrage an und festigen die Aktienkurse. Um den Preisauftrieb zu dämpfen und konjunkturbedingten Anspannungen vorzubeugen, hat die Paritätische Preis-Lohn-Kommission ihr Stabilisierungsprogramm vom Februar in wichtigen Punkten erweitert und ergänzt. Es werden angebotsvermehrnde, konkurrenzverschärfende und

nachfragedämpfende Maßnahmen in verschiedenen Bereichen der Wirtschaftspolitik empfohlen.

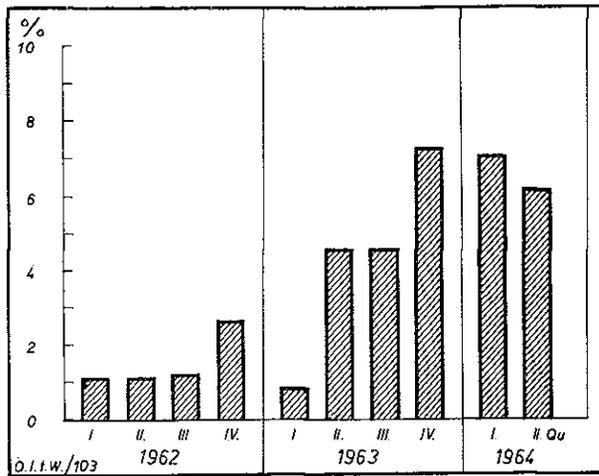
Brutto-Nationalprodukt im II. Quartal um 6% höher als im Vorjahr

Das reale *Brutto-Nationalprodukt* war im II. Quartal nach vorläufigen Berechnungen um mehr als 6% (im nichtlandwirtschaftlichen Bereich um 6,5%) höher als im Vorjahr, obgleich die Frühjahrssaison dank mildem Wetter besonders früh begonnen hatte (I. Quartal + 7%). Im 1. Halbjahr erzeugte die österreichische Wirtschaft real um 6,5% mehr Güter und Leistungen als im Vorjahr.

Reales Brutto-Nationalprodukt

Zeit	Reales Brutto-Nationalprodukt	
	insgesamt	ohne Land- und Forstwirtschaft
	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Ø 1963	+4,4	+4,3
1964 I. Quartal	+7,0	+7,3
II	+6,1	+6,5

Kräftiges Wirtschaftswachstum
(Reales Brutto-Nationalprodukt nach Quartalen; Zuwachsraten gegen das Vorjahr in %)



Die Konjunkturbelebung der österreichischen Wirtschaft hält an. Das reale Brutto-Nationalprodukt war im I. Quartal um 7% und im II. Quartal um mehr als 6% höher als im Vorjahr. Zum kräftigen Wirtschaftswachstum trug vor allem die Industrie maßgebend bei

Am kräftigen Wirtschaftswachstum hatte die Industrie entscheidenden Anteil. Die Produktion wuchs seit Jahresbeginn etwa gleich stark wie im letzten Konjunkturaufschwung 1960/61 und merklich stärker als das Brutto-Nationalprodukt. Von April bis Juli war sie um fast 9% höher als im Vorjahr (I. Quartal +10%). Wie stets in Aufschwungsperioden verlagerte sich das Schwergewicht der Produktionsausweitung von Konsumgütern auf Grundstoffe und Investitionsgüter. Die Konsumgütererzeugung war von April bis Juli um 6% höher als im Vorjahr. Sie erreichte nicht mehr den Rekordzuwachs von 1963 (7,5%), da die Nahrungsmittelproduktion stagnierte. Verbrauchsgüter (+10%) und langlebige Konsumgüter (+7%) dagegen expandierten unverändert kräftig. Der etwas geringere Zuwachs der Konsumgüterproduktion wurde durch eine kräftige Steigerung der Produktion von Grundstoffen und Investitionsgütern mehr als wettgemacht. Von April bis Juli wurden um 13% mehr Grundstoffe und Bergbauprodukte und um 10% mehr Investitionsgüter erzeugt als im Vorjahr. (Im Durchschnitt 1963 hatte die Investitionsgüterproduktion stagniert und die Grundstoffproduktion war um 3% zurückgegangen.) Die Belebung der Investitionsgütermärkte, die sich zunächst allerdings hauptsächlich auf Vorprodukte (z. B. Eisen und Stahl) und Baustoffe, aber erst teilweise auf fertige Investitionsgüter erstreckte, spiegelt sich deutlich im Konjunkturtest des Institutes. Ende Juli erwarteten

weit mehr Investitionsgüter erzeugende Firmen für die nächsten Monate eine steigende (19%) als eine sinkende (2%) Produktion, die Fertigwarenlager wurden häufiger als zu klein (20%) als zu groß (9%) empfunden und die Auftragsbestände erscheinen eher reichlich (27%) als knapp (16%). Vor einem Jahr waren alle drei Konjunkturindikatoren noch stark negativ. Trotz der kräftigen Belebung hat die Investitionsgüterproduktion nicht die gleiche führende Rolle im Konjunktugeschehen wie in den letzten Aufschwungsperioden (siehe Abschnitt Investitionen).

Produktion und Konjunkturbeurteilung der Industrie

Produktionsindex	Grundstoffe		Investitionsgüter		Konsumgüter	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Ø 1963	-	3	-	0	+	7
1964 I. Quartal	+	25	+	7	+	8
April bis Juli	+	13	+	10	+	7
Konjunkturtest	Anteil der Firmen in %					
	Beurteilung Ende Juli 1964		verhältnismäßig groß		verhältnismäßig klein	
Auftragsbestand	22	39	27	16	17	11
Fertigwarenlager	30	21	8	18	15	9
Erwartungen (3 Monate)	steigend		fallend		steigend	
	Produktion		Produktion		Verkaufspreise	
Produktion	50	0	19	2	18	2
Verkaufspreise	17	0	2	1	7	3

In der Landwirtschaft lassen sich die Ernten zur Zeit erst teilweise überblicken. Die Getreideernte war nach vorläufigen Angaben um 5% höher als im Vorjahr, aber niedriger als im Rekordjahr 1962. Sie wird den Brotgetreidebedarf im Wirtschaftsjahr 1964/65 bis auf geringe Mengen Hart- und Qualitätsweizen decken. Dagegen wird mehr Futtergetreide eingeführt werden müssen als bisher. Von den übrigen Feldfrüchten liegen noch keine oder nur sehr unsichere Ernteschätzungen vor. Die Ernten an Obst und Kartoffeln dürften im allgemeinen schwächer ausgefallen sein als im Vorjahr. Die tierische Produktion blieb weiter gering. Die Marktproduktion an Rindfleisch zeigt zwar wieder eine leicht steigende Tendenz, war aber von April bis Juli noch um 12% niedriger als im Vorjahr. Obschon mehr Schweine geschlachtet wurden, kam insgesamt um 3% weniger Fleisch auf den Markt. Um den Inlandmarkt besser zu versorgen, wurden die Ausfuhrkontingente stark gekürzt. Dennoch wurde Fleisch im Sommer knapp und die Preise zogen vorübergehend stark an. Die Forstwirtschaft schlugerte im II. Quartal um 9% weniger (im I. Halbjahr um 13% mehr) Derbholz als im Vorjahr. Die Schnittholzlager haben zum Teil wegen der Stockung des

Italiengeschäftes kräftig zugenommen, die Preise blieben annähernd stabil.

Die *Bauwirtschaft* ist mit Aufträgen überlastet. Dank dem frühen Baubeginn und größeren Auftragsüberhängen aus dem Vorjahr waren die verfügbaren Arbeitskräfte bereits im Frühjahr voll beschäftigt, obschon viele öffentliche Aufträge erst spät vergeben wurden. Infolge des angespannten Arbeitsmarktes gelang es der Bauwirtschaft nicht, zusätzliche Arbeitskräfte aus anderen Wirtschaftszweigen abzuwerben. Die Zahl der Beschäftigten war im Frühjahr und Sommer nur geringfügig höher als im Vorjahr. Trotzdem konnte die Bauleistung weiter gesteigert werden, da mehr Überstunden geleistet und mehr Maschinen eingesetzt wurden. Das reale Bauvolumen war im II. Quartal nach vorläufigen Berechnungen um 6% (im I. Quartal witterungsbedingt um 30%) höher als im Vorjahr.

Der *Verkehr* hat sich nach mäßigen Ergebnissen zu Jahresbeginn im II. Quartal etwas kräftiger belebt. Im Güterverkehr wurden die Vorjahresleistungen um etwa 5% überboten. Die zusätzliche Transportnachfrage kam hauptsächlich dem gewerblichen Straßenverkehr zugute, der weiter auf Kosten der Bahnen an Boden gewinnt. Die Zahl der neu zugelassenen Lastkraftwagen war um 13% und ihre Ladekapazität um 16% höher als im Vorjahr. Allerdings wird das Fuhrgewerbe zunehmend durch den Werkverkehr der Industrie konkurrenziert. Auch Ferntransporte werden häufig nicht mehr dem Fuhrgewerbe übertragen, sondern mit betriebseigenen Beförderungsmitteln durchgeführt. Die Bahnen beförderten nur etwa gleich viel Güter wie im Vorjahr, da der Transit, auf den ein Fünftel der Transporte entfällt, um 14% sank. Die Transporte der heimischen Wirtschaft waren um 4% höher. Trotz stagnierenden Transportleistungen stiegen die Betriebsausgaben, so daß sich das Defizit der Bundesbahnen weiter vergrößerte. Der entgeltliche Personenverkehr wächst infolge der Motorisierung strukturell bedingt nur mäßig. Eine Ausnahme bildet der sich immer stärker entwickelnde Flugverkehr. Im II. Quartal reisten um ein Viertel mehr Personen mit Flugzeugen als im Vorjahr. Die heimische Luftverkehrsgesellschaft AUA konnte ihre Frequenz um mehr als die Hälfte steigern und nähert sich einem Auslastungsgrad, der einen rentablen Betrieb ermöglicht.

Der *Fremdenverkehr* erzielte hohe Einnahmen. Obschon die Zahl der Ausländernachtungen von April bis Juli nur um 4% höher war als im Vorjahr (die Zahl der heimischen Besucher stieg um 3%), gingen um 17% mehr Devisen ein. Der beträcht-

liche Unterschied in den Zuwachsraten der Nächtigungszahlen und der Deviseneinnahmen deutet darauf hin, daß die Tagesausgaben der Fremden nicht nur nominell (wegen der steigenden Preise für Unterkunft, Verpflegung und verschiedene andere Leistungen), sondern auch real gestiegen sind. Die Entwicklungsperiode des Massentourismus, die durch kräftig steigende Nächtigungszahlen, aber sinkende reale Tagesausgaben je Fremden gekennzeichnet war, scheint sich ihrem Ende zu nähern. Die Zahl der Fremden, die Österreich besuchen, nimmt nur noch wenig zu, da kaum noch zusätzliche Schichten für den Ausländer-Fremdenverkehr gewonnen werden können. Gleichzeitig steigen jedoch die Ansprüche der Fremden und ihre Bereitschaft, für ein qualitativ hochwertiges Angebot entsprechende Preise zu bezahlen. Eine solche Umschichtung des Nachfragezuwachses wäre für die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft aus verschiedenen Gründen von Vorteil.

Leistungen wichtiger Wirtschaftszweige

Zweige	Ø 1963	I Quartal 1964	II Quartal 1964
	Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Industrie	+4,2	+9,8	+8,6 ¹⁾
Baugewerbe	+1,6	+30,0	+6,0
Güterverkehr	+5,2	-0,6	+4,9
Einzelhandel	+4,5	+6,3	+3,0 ¹⁾
Fremdenverkehr	+3,8	+12,3	+3,4 ¹⁾
Forstwirtschaft	+0,6	+52,2	-9,3

¹⁾ April bis Juli

Ausschöpfung der Produktivitätsreserven

Der *Arbeitsmarkt* war im Sommer stark angespannt. Ende August übertraf das Stellenangebot (44.300) die Zahl der Arbeitsuchenden (33.400) um ein Drittel. Der Grad der Anspannung läßt sich aus den Arbeitsmarktstatistiken nicht mehr zuverlässig ablesen. Viele Betriebe verzichten darauf, ihren Kräftebedarf zu melden, da er durch die Arbeitsämter nicht mehr gedeckt werden kann. In den Arbeitslosenzahlen überdecken sozialpolitische Einflüsse (z. B. vorübergehende Anmeldungen von Müttern nach Ablauf ihres Karenzurlaubes) die wirtschaftlichen Tendenzen. (Aus diesem Grunde wurde trotz der guten Konjunktur der vorjährige Tiefstand der Arbeitslosigkeit nicht ganz erreicht.) Obschon die sichtbaren Arbeitskraftreserven erschöpft sind, nimmt die Zahl der Beschäftigten weiter leicht zu, teils weil Selbständige (hauptsächlich aus der Landwirtschaft) in unselbständige Berufe abwandern, teils weil bisher nicht berufstätige Frauen einen Posten annehmen. Ende August gab es 2.418.500 unselbständig Beschäftigte, um 20.500 mehr als im Vorjahr. 18.100 der zusätzlich Beschäft-

tigten waren Frauen. Die Zahl der beschäftigten Männer wuchs nur deshalb noch geringfügig, weil etwas mehr Fremdarbeiter zur Verfügung standen.

Der Arbeitsmarkt im Sommer

	Ende August 1964	
	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr
1 000 Personen		
Beschäftigte	2 418,5	+20,5
Arbeitsuchende	33,4	+0,8
Offene Stellen ¹⁾	44,3	+2,1

¹⁾ Ohne gemeldete offene Pflichtstellen für Personen, die nach dem Invalideinstellungsgesetz begünstigt sind

Die Arbeitskraftprobleme, die sich im weiteren Verlauf des Konjunkturaufschwunges abzeichnen, lassen sich durch folgende Überlegungen verdeutlichen. Die gewerbliche Wirtschaft¹⁾ ohne Industrie hat 1962/63 19.300 und 1963/64 26.100 Beschäftigte zusätzlich aufgenommen (jeweils von Ende Juni bis Ende Juni). Besonders die arbeitsintensiven und nur beschränkt rationalisierungsfähigen Dienstleistungsbetriebe benötigten mehr Personal, um der wachsenden Nachfrage einigermaßen nachzukommen. Dieser Kräftebedarf konnte in beiden Jahren nur teilweise durch Abwanderung von Landarbeitern (1962/63 — 6.200, 1963/64 — 7.500) gedeckt werden. 1962/63 wurde der restliche Bedarf größtenteils durch Personaleinschränkungen in der Industrie (— 11.400) und 1963/64 aus dem konjunkturbedingt etwas stärkeren Zustrom neuer Arbeitskräfte befriedigt (die Industriebeschäftigung blieb unverändert). Künftig werden jedoch, sofern sich die gegenwärtigen Konjunkturerwartungen erfüllen, nicht nur die Dienstleistungsbereiche weiter expandieren. Auch die Industrie wird im kommenden Wirtschaftsjahr voraussichtlich wieder etwa 20.000 Arbeitskräfte benötigen. Selbst wenn das heimische Arbeitskräfteangebot ähnlich stark wie 1963/64 zunehmen sollte, wird sich der Arbeitskräftemangel merklich verschärfen.

Umschichtungen in der Beschäftigtenstruktur

	1962/63	1963/64
	Veränderung von Ende Juni bis Ende Juni in 1 000	
Land- und Forstwirtschaft	— 6,2	— 7,5
Industrie	— 11,4	+ 0,5
Übrige gewerbliche Wirtschaft ²⁾	+ 19,3	+ 26,1
Öffentliche Hand ³⁾	+ 2,7	+ 3,8
Insgesamt ⁴⁾	+ 4,4	+ 22,9

¹⁾ Einschließlich öffentlicher Vertragsbediensteter und Hauspersonal. — ²⁾ Soweit nicht in der gewerblichen Wirtschaft enthalten. — ³⁾ Ohne Selbständige der Gebiets- und Landwirtschaftskrankenkassen und ohne Teilversicherte

¹⁾ Aus statistischen Gründen einschließlich der öffentlich Vertragsbediensteten und des Hauspersonals

Bisher befand sich die Industrie noch in der Phase kräftig *steigender Produktivität*. Dadurch war eine beachtliche Produktionsausweitung ohne zusätzliche Arbeitskräfte möglich. Die Industrieproduktion je Beschäftigten war im I. Quartal um 11% und im II. Quartal um 8% höher als im Vorjahr (im langjährigen Durchschnitt beträgt die Zuwachsrate etwa 4 1/2%). Der besonders kräftige Produktivitätsfortschritt erklärt sich größtenteils daraus, daß die Investitionsgüterindustrien dank einer lebhaften Nachfrage ihre Produktivkräfte besser ausnutzen konnten. Die Produktivität der Eisen- und Metallindustrie (Erzeugung und Verarbeitung) stieg im 1. Halbjahr 1964 um 11% (1962 war sie um 3% gesunken und 1963 unverändert geblieben). In den traditionellen Konsumgüterindustrien dagegen wächst sie ungeachtet der Unterschiede in der Konjunktur nahezu stetig mit einer jährlichen Rate von 4% bis 5%. Der Spielraum für weitere überdurchschnittliche Produktivitätssteigerungen ist jedoch bereits merklich kleiner geworden. Nach den Erhebungen im Konjunkturtest des Institutes sank der Anteil der Investitionsgüter erzeugenden Firmen, die mit den verfügbaren Produktivkräften ihre Produktion nennenswert ausweiten könnten, seit dem letzten Sommer stetig. Ende Juli 1963 meldeten 74%, Ende Juli 1964 aber nur noch 33% eine hohe Angebotselastizität. Auch der Umstand, daß im 1. Halbjahr die Überstundenarbeit in der Industrie zugenommen hat, läßt auf einen wachsenden Arbeitskräftebedarf schließen.

Kräftigere Belegung der Investitionen

Der Konjunkturauftrieb erhält nach wie vor von der Auffüllung der Vorräte seine stärksten Impulse. Auch die Investitionstätigkeit läuft stärker an. Die Konsumgüternachfrage dagegen ist seit Jahresbeginn etwas schwächer gewachsen als 1963.

Die *Vorratsbildung* der Erzeuger und Händler spiegelt sich deutlich in der überproportionalen Steigerung der Produktion von Grundstoffen und Vorprodukten. Die Eisen- und Stahlindustrie erhielt von April bis Juli um 75% mehr Inlandaufträge auf Kommerzwalzware als im Vorjahr, obschon die Produktion der eisenverarbeitenden Industrie im gleichen Zeitraum nur um 8% wuchs. Da die Lieferungen nur um 18% gesteigert wurden, konnten die stark dezimierten Auftragsbestände wieder aufgefüllt werden. Sie waren Ende Juli um 62% höher als im Vorjahr. Auch das Edelmetallgeschäft, das noch bis zum Frühjahr schwach war, hat sich in jüngster Zeit belebt. Gleichzeitig bezog die Industrie mehr Rohstoffe und Grundstoffe (beson-

ders Erze und Metalle) aus dem Ausland. Nach überschlägigen Berechnungen beanspruchte die Vorratsbildung im 1. Halbjahr 3% des Brutto-Nationalproduktes, gegen 2% im Vorjahr. Die Rohstoff- und Grundstoffvorräte der Wirtschaft werden allerdings in absehbarer Zeit aufgefüllt sein. Obwohl mit steigender Produktion die Bestände an Halbfabrikaten in den Betrieben wachsen und die zum Teil für zu niedrig empfundenen Fertigwarenvorräte der Industrie ergänzt werden, dürften künftig von der Lagerwirtschaft nicht mehr so starke Auftriebskräfte ausgehen. Die weitere Entwicklung der Konjunktur wird daher stärker als bisher von den Anlageinvestitionen abhängen.

Die Investitionsneigung der Wirtschaft hat sich seit Jahresbeginn merklich belebt. Die *Brutto-Anlageinvestitionen* waren im II. Quartal real um 7% höher als im Vorjahr, obschon dank dem milden Wetter bereits zu Jahresbeginn relativ viel investiert wurde (I. Quartal +13%). Es wurden 6% mehr Bauten erstellt und 8% mehr Ausrüstungsgegenstände (Maschinen, Elektrogeräte, Fahrzeuge) angeschafft¹⁾. Die Ausrüstungsinvestitionen der gewerblichen Wirtschaft (+8%) stiegen etwas stärker als die der Landwirtschaft (7%). Die zunehmende Investitionsneigung spiegelt sich deutlich in den Importen. Die Einfuhr von Maschinen und Elektrogeräten war in den ersten vier Monaten nur um 1%, im Durchschnitt der Monate Juni und Juli aber um 27% höher als im Vorjahr. Die Belebung ist umso bemerkenswerter, als die Ausrüstungsinvestitionen 1963 noch stagniert hatten und die meisten Industrieunternehmungen selbst zu Jahresbeginn noch pessimistische Erwartungen hegten.

Die Investitionskonjunktur erreichte bisher allerdings nicht das Ausmaß früherer Aufschwungsperioden. 1960 stiegen die Ausrüstungsinvestitionen um 21%, 1954 sogar um 30%. Ähnlich hohe Zuwachsraten sind auch künftig aus verschiedenen Gründen nicht zu erwarten. Der gegenwärtige Konjunkturaufschwung verläuft, da er auf hohem Niveau begonnen hat, zwangsläufig weniger steil, das Exportgeschäft, das sich hauptsächlich auf größere Unternehmungen konzentriert, wirft nicht mehr so hohe Erträge ab wie in früheren Konjunkturperioden. Die Knappheit an Arbeitskräften setzt der

Investitionskonjunktur nicht nur real enge Grenzen, sondern läßt auch erwarten, daß die Konjunkturgewinne früher als sonst im Aufschwung durch steigende Löhne eingeengt werden. Dazu kommen Struktur- und Finanzierungsschwierigkeiten wichtiger Großinvestoren. Die Investitionen der Eisen- und Stahlindustrie wurden zwischen 1961 und 1963 um 800 Mill. S oder 56% eingeschränkt und werden in absehbarer Zeit kaum wieder den bisherigen Höchststand von 1961 erreichen. Die Elektrizitätswirtschaft hat den kapitalintensiven Wasserkraftbau zugunsten der Errichtung kalorischer Kraftwerke eingeschränkt, die viel niedrigere Anlagekosten pro Leistungseinheit beanspruchen, und befindet sich überdies wegen der unzureichenden Strompreise in Finanzierungsschwierigkeiten. In der Erdölwirtschaft konnten die rechtlichen und organisatorischen Probleme des Pipeline-Projektes bisher nicht gelöst werden. Diese Ausfälle können auch durch eine sehr lebhafte und breit gestreute Investitionstätigkeit der übrigen Wirtschaft nicht leicht wettgemacht werden.

Brutto-Anlageinvestitionen

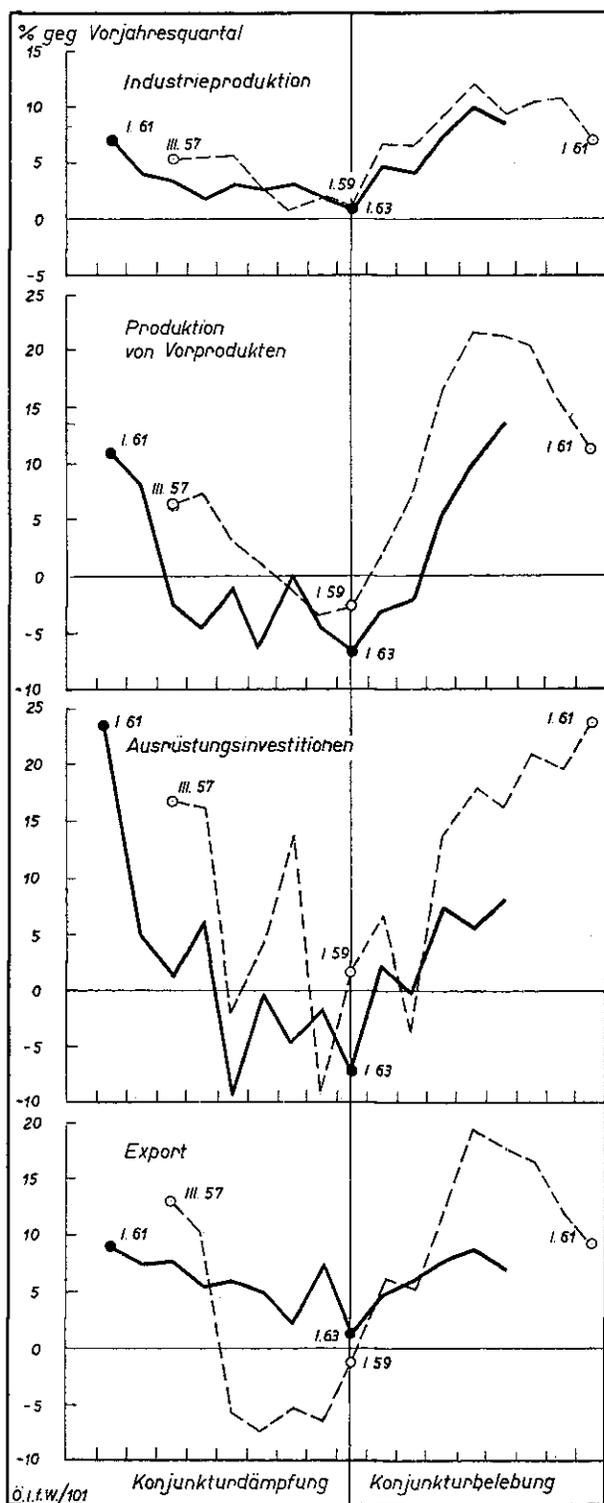
Zeit	Insgesamt	Bauten	Ausrüstung
	Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Ø 1963	+ 1,5	+ 3,2	+ 0,1
1964 I. Quartal	+13,1	+30,0	+6,0
II.	+ 7,1	+ 6,0	+ 8,2

Während die Unternehmungen mehr Vorrats- und Anlagegüter erwerben, wachsen die Konsumausgaben der privaten Haushalte etwas schwächer als bisher. Der *private Konsum* war im 1. Halbjahr (die Zuwachsrate vom II. Quartal ist wegen des frühen Ostertermins untypisch) ebenso wie im Durchschnitt 1963 nominell um 8% höher als im gleichen Vorjahresabschnitt. Real sank jedoch die Zuwachsrate von 5% (Durchschnitt 1963) auf 4,5% (1. Halbjahr 1964), da ein größerer Teil der Konsumkraft durch Preissteigerungen absorbiert wurde. Die Konsumenten ersparten dank dem milden Winter Heizungs- und Beleuchtungskosten, der reale Aufwand für Bekleidung, Tabakwaren, Verkehrsmittel sowie für Bildung, Unterhaltung und Erholung stieg schwächer als im Vorjahr. Nur Nahrungsmittel, langlebige Konsumgüter und die unter „Sonstiges“ zusammengefaßten Güter und Leistungen erzielten höhere Zuwachsraten. Die Neigung, langlebige Konsumgüter anzuschaffen, scheint allerdings in jüngster Zeit wieder nachzulassen. Von Jänner bis April verkaufte der Einzelhandel real um 12%, von Mai bis Juli aber nur um 3% mehr langlebige Konsumgüter. Die leichte Abschwächung des Konsumzuwachses kann teilweise damit

¹⁾ Der reale Zuwachs der Ausrüstungsinvestitionen um 8% wurde aus einem nominellen Zuwachs von 11% unter Annahme einer durchschnittlichen Preissteigerung von 3% errechnet. Ein Vergleich von Mengen und Werten der amtlichen Produktionsstatistik ergibt höhere Preissteigerungen und niedrigere reale Zuwächse. Eine befriedigende Klärung der statistischen Unstimmigkeiten war bisher nicht möglich.

**Vergleich der Konjunkturaufschwungphasen
1959/60 und 1963/64**

(Industrieproduktion insgesamt und von Vorprodukten, Aus-
rüstungsinvestitionen, Exporte nach Quartalen; Zuwachsraten
gegen das Vorjahr in %)



Die gegenwärtige Konjunkturbelebung weist ähnliche Merkmale auf wie der Aufschwung 1959/60. Legt man die Reihen wichtiger Konjunkturindikatoren im unteren Konjunkturuwendepunkt (I. Quartal 1959 und I. Quartal 1963) übereinander, so fällt vor allem die ähnliche Entwicklung der Industrie-

produktion insgesamt und der von Vorprodukten auf. Dagegen steigen die Ausrüstungsinvestitionen und vor allem der Export (der allerdings in der Phase der Konjunkturdämpfung 1961/62 viel schwächer gesunken war als 1957/58) gegenwärtig merklich schwächer als in der letzten Aufschwung.

erklärt werden, daß die Masseneinkommen real nicht mehr so kräftig stiegen wie 1963. Außerdem dürfte die Sparquote der privaten Haushalte zum Teil infolge Verschiebungen in der Einkommensstruktur (die Transfereinkommen wuchsen schwächer als die Löhne und Gehälter) zugenommen haben. Auf Sparkonten, die allerdings nur zum Teil aus echten Haushaltersparnissen bestehen, wurden in den ersten sieben Monaten per Saldo um 1,2 Mrd. S oder 39% mehr eingelegt als im Vorjahr.

Privater Konsum und Einzelhandelsumsätze

Zeit	Privater Konsum	Einzelhandelsumsätze insgesamt	Einzelhandelsumsätze langlebige Güter
Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Ø 1963	+5,1	+4,5	+4,2
1964 I Quartal	+6,7	+6,3	+14,3
II	+2,6	+3,0 ¹⁾	+3,4 ¹⁾

¹⁾ April bis Juli

Anhaltend hoher Zahlungsbilanzüberschuß

Von der Außenwirtschaft gehen nach wie vor nur verhältnismäßig schwache Auftriebskräfte aus. Von April bis Juli wurden dem Wert nach um 8% mehr Waren (im I. Quartal um 9%) exportiert als im Vorjahr. Der Export wächst damit nur etwa halb so stark wie in der letzten Konjunkturaufschwung (1960 +16%) und etwas schwächer als das nominelle Nationalprodukt. Auch im Vergleich zu anderen Industrieländern hinkt er nach (im 1. Halbjahr exportierten die EWG 16%, die EFTA 10% und die USA 14% mehr als im Vorjahr). Allerdings scheint sich der österreichische Export in jüngster Zeit zu verstärken, wogegen sich im Welthandel eher Verflachungstendenzen abzeichnen. Im Durchschnitt der Monate Juni und Juli war die Zuwachsrate mit 14% merklich höher als in den Monaten vorher.

Die relativ mäßige Exportkonjunktur ist, wie bereits in den letzten Berichten¹⁾ erwähnt wurde, zum Teil eine Folge von längerfristigen Umschichtungen in der Warenstruktur und in den Absatzmärkten. Außerdem wirkten sich in den letzten Monaten temporäre Einflüsse aus, wie die konjunkturdämpfenden Maßnahmen Italiens, die vor allem die Holzausfuhr stark beeinträchtigten, und die Drosselung des Vieh- und Fleischexportes zugunsten

¹⁾ Siehe insbesondere „Verlangsamung des österreichischen Exportwachstums“, Monatsberichte, Jg 1964, Heft 8, S. 302 ff.

einer besseren Inlandversorgung (die Holzausfuhr war in den letzten vier Monaten um 9% und die Ausfuhr von Nahrungs- und Genußmitteln um 8% niedriger als im Vorjahr) Dagegen erholte sich dank der lebhaften internationalen Eisen- und Stahlkonjunktur der Export von Halbfertigwaren Er war im I. Quartal nur um 1% niedriger, von April bis Juli aber um 13% höher als im Vorjahr. Im Bereich der Fertigwaren hielt der Trend zu Konsumfertigwaren an. Die Ausfuhr von sonstigen Fertigwaren war in den letzten vier Monaten um 16% höher als im Vorjahr. Besonders Schuhe und Bekleidungsgegenstände wurden in steigenden Mengen exportiert. Die Investitionsgüterexporte entwickelten sich unterschiedlich (Maschinen +11%, elektrische Geräte und Apparate 0%). Von April bis Juli stieg der EFTA-Export um 390 Mill. S oder 21%, der EWG-Export um 236 Mill. S oder 4%. Die auffallend großen Unterschiede in den Zuwachsraten erklären sich nur teilweise aus dem Rückgang der Fleisch- und Holzexporte, die fast ausschließlich in die EWG gehen. Auch der von der handelspolitischen Diskriminierung hauptsächlich betroffene Fertigwarenexport entwickelte sich in die EFTA viel günstiger als in die EWG.

Die *Einfuhr* wächst etwas rascher als die Ausfuhr. Von April bis Juli war sie um 10% (im I. Quartal um 8%) höher als im Vorjahr. Ähnlich wie in der Ausfuhr hat sich der Auftrieb in den letzten beiden Monaten verstärkt (Durchschnitt Juni und Juli +17%). Die Mehrimporte umfaßten Waren aus allen Obergruppen. Die lebhaftere Binnenkonjunktur sowie die Erholung der stark von Auslandsbezügen abhängigen Eisen- und Stahlindustrie ließen die Importe an Rohstoffen (April bis Juli +7%) und Halbwaren (+17%) steigen, die Liberalisierung förderte die Einfuhr konsumnaher Waren (+15%). Die Knappheit an heimischen landwirtschaftlichen Produkten nötigte zu größeren Nahrungsmittel- und Futtermittelimporten (+8%). Nur Brennstoffe wurden weniger importiert (-2%), da die Vorräte in diesem Winter nicht so stark dezimiert wurden wie im Vorjahr. Die Einfuhr von Maschinen und Elektrogeräten war in den ersten vier Monaten relativ schwach (+1%), stieg aber im Juni und Juli sprunghaft (+27%).

Ausfuhr und Einfuhr

Zeit	Ausfuhr		Einfuhr		Einfuhr- überschuß pro Monat Mill. S
	insgesamt	davon Fertigwaren	insgesamt	davon Fertigwaren	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Ø 1963	+4.9	+9.3	+8.0	+8.2	757
1964 I. Quartal	+8.8	+16.3	+7.5	+10.8	945
April bis Juli	+7.8	+9.1	+10.3	+10.2	903

Die Tendenz wachsender Einfuhrüberschüsse, die gewöhnlich in Zeiten lebhafter Konjunktur zu beobachten ist, wirkte sich bisher auf die gesamte *Zahlungsbilanz* nicht aus, da besonders hohe Erlöse aus unsichtbaren Transaktionen erzielt wurden. Ob schon die Handelsbilanz im II. Quartal ein Defizit von 2.7 Mrd. S (um 0.5 Mrd. S mehr als im Vorjahr) hatte, wuchsen die valutarischen Bestände um 1.1 Mrd. S (im Vorjahr um 0.9 Mrd. S). Vom Überschuß aus unsichtbaren Transaktionen entfielen 2.4 Mrd. S (2.1 Mrd. S) auf Dienstleistungen, 0.6 Mrd. S (0.1 Mrd. S) auf unentgeltliche Leistungen und 0.9 Mrd. S (0.9 Mrd. S) auf Kapitaltransaktionen. In der Kapitalbilanz ist zwar der Überschuß aus dem Wertpapierhandel mit dem Ausland fast versiegt, da seit der Zinssenkung auf dem heimischen Anlagemarkt für Ausländer nicht mehr genügend Anreiz besteht, heimische Wertpapiere zu kaufen. Dagegen hat sich der Zustrom von Auslandskrediten merklich verstärkt. Im II. Quartal wurden brutto 1.2 Mrd. S Kredite im Ausland aufgenommen, mehr als doppelt so viel wie im Vorjahr. Netto (nach Abzug der Rückzahlungen) wuchs das Volumen der Auslandskredite um 0.7 Mrd. S und erreichte damit ein Viertel der Kreditausweitung des heimischen Kreditapparates. Außer den großen Kreditnehmern Bund, Energiewirtschaft und verstaatlichte Industrie, die sich schon in der Vergangenheit häufig im Ausland finanziert haben, nehmen seit der Liberalisierung des Kreditverkehrs immer mehr auch mittlere und kleinere Industriefirmen Auslandskredite auf, weil sie billiger sind oder längere Laufzeiten haben als die von heimischen Kreditunternehmungen angebotenen Kredite.

Zahlungsbilanz

	II. Quartal 1964	Veränderung gegen Vorjahr
	Mill. S	
Handelsbilanz	-2.724	-519
Dienstleistungsbilanz	+2.401	+304
Unentgeltliche Leistungen	+640	+526
Leistungsbilanz	+317	+311
Kapitalbilanz	+941	+36
Statistische Korrektur	-193	-145
Veränderung der valutarischen Bestände	+1.065	+202
davon Notenbank ¹⁾	+212	-614
Kreditunternehmungen	+833	+816

¹⁾ Einschließlich Guthaben im Verrechnungsverkehr

Starke Ausweitung der Kredite

Der Kreditapparat ist weiter sehr flüssig. Seine *Liquidität* im weiteren Sinne (einschließlich Auslandguthaben und Besatzungskostenschatzscheine) blieb im II. Quartal nahezu unverändert. Der Überschuß in der Zahlungsbilanz und Abhebungen

öffentlicher Stellen von Notenbankguthaben führten den Kreditunternehmungen ebenso viele flüssige Mittel zu, wie sie durch die Zunahme des Bargeldumlaufes verloren. Die Zusammensetzung ihrer liquiden Mittel hat sich geändert, da der Rechnungshof einer weiteren Prolongation der Besatzungskostenschatzscheine nicht zustimmte. Das durch die Einlösung der Schatzscheine geschaffene zusätzliche Notenbankgeld wurde von den Instituten teils auf Notenbankguthaben stehen gelassen und teils kurzfristig im Ausland veranlagt. In der Hauptreisezeit hat sich die Liquidität des Kreditapparates saisonbedingt weiter erhöht. Im Juli verfügten die Kreditunternehmungen über 12 Mrd. S freie Notenbank- und Postsparkassenguthaben, die nicht durch Mindestreservenverpflichtungen gebunden sind, und über 23 Mrd. S Auslandguthaben, die großteils kurzfristig abdisponiert werden können. Nach den Kreditkontrollabkommen, die das zulässige Kreditvolumen im Verhältnis zur Einlagensumme begrenzen, bestand Ende Juli eine Krediterteilungsreserve von 68 Mrd. S.

Der hohe Kreditgewährungsspielraum erlaubt es den Kreditunternehmungen, die konjunkturbedingt kräftig steigende Kreditnachfrage mühelos zu befriedigen, soweit sie den üblichen Bonitätsanforderungen entspricht. Von April bis Juli vergaben sie per Saldo 37 Mrd. S Kredite, um 12 Mrd. S mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Ende Juli war das Kreditvolumen um fast 14% höher als ein Jahr zuvor, obschon ein größerer Teil des Kreditbedarfes als bisher im Ausland gedeckt wurde. Eine ähnlich hohe Zuwachsrate wurde in der Vergangenheit erst an der Schwelle zur (meist übersteigerten) Hochkonjunktur erreicht. Nur die Aktienbanken, die im Kreditgeschäft auf starke Konkurrenz nicht nur des Auslandes, sondern auch verschiedener heimischer Institutsgruppen stoßen, haben ihr Kreditvolumen bisher nur wenig ausgedehnt. Die kräftige Kreditausweitung deutet darauf hin, daß sich der Konjunkturaufschwung nicht gleichmäßig vollzieht. Die vermehrten Ausgaben der Unternehmungen für Vorrats- und Anlagegüter schlagen sich nur teil-

weise wieder in den Erlösen nieder, so daß größere Ausgabenüberschüsse entstehen, die durch Fremdfinanzierungsströme gedeckt werden müssen. Auch das vermehrte Sparen der privaten Haushalte dürfte den Finanzierungsbedarf der Unternehmungen erhöht haben.

Stabilisierungsvorschläge des Wirtschafts- und Sozialbeirates

Die Preissituation hat sich im Sommer verschärft. Der Verbraucherpreisindex I (für durchschnittliche Arbeitnehmerhaushalte) überschritt in den letzten beiden Monaten den Vorjahresstand um mehr als 5% (Juli +5,4%, August +5,2%). Die hohe Rate der Preissteigerungen — sie ist die höchste seit zwei Jahren — erklärt sich aus einer besonderen und zumindest teilweise vorübergehenden Konstellation. Der ungewöhnlich kräftige Auftrieb der nicht saisonabhängigen Preise, der vor mehr als einem Jahr mit der Neuregelung der Preise wichtiger Grundnahrungsmittel begann, hat bereits im Frühjahr seinen Höhepunkt überschritten. Der Verbraucherpreisindex ohne Saisonprodukte stieg seit März um durchschnittlich 0,2% pro Monat, gegen durchschnittlich 0,5% in den zwölf Monaten vorher. Sein Abstand vom Vorjahr verringerte sich allmählich, war aber auch im Juli und August mit 5,0% noch sehr hoch (März 6,4%). Gleichzeitig kam es zu einer Tendenzumkehr auf den Märkten für landwirtschaftliche Saisonprodukte. Obst, Gemüse und Kartoffeln, die dank reichlichen Ernten im Wirtschaftsjahr 1963/64 um ein Achtel billiger waren als ein Jahr zuvor, wurden Mitte 1964, als die neue Ernte auf den Markt kam, wieder teurer und werden voraussichtlich teurer bleiben. Dadurch kam die Steigerung der nicht saisonabhängigen Preise im Index voll zum Ausdruck. Im September dürfte sein Abstand vom Vorjahr wieder unter 5% (aber kaum unter 4%) gesunken sein, da Fleisch nach der Reisesaison billiger wurde und ähnlich starke Verteuerungen wie im vorigen September vermieden werden konnten.

Verbraucherpreise

Kreditausweitungsraten nach Institutsgruppen

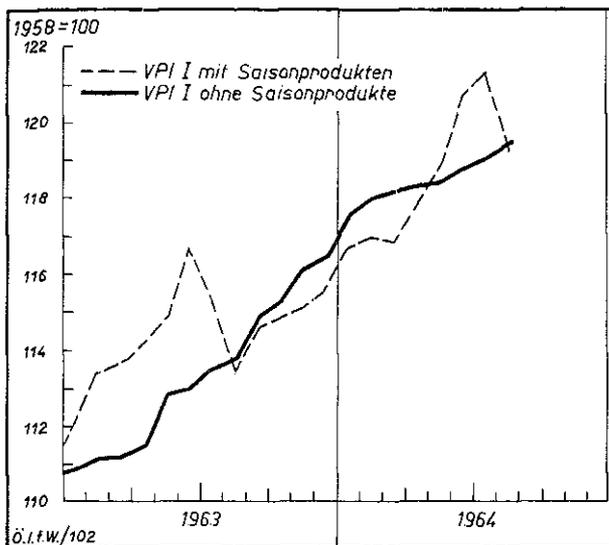
	Zunahme des Kreditvolumens Juli 1963 bis Juli 1964	
	Mill. S	%
Aktienbanken	+1 371	+ 6,6
Banken	+ 234	+14,2
Sparkassen	+2 999	+17,5
Landeshypothekenanstalten	+1 118	+20,4
Ländliche Kreditgenossenschaften	+1 509	+16,7
Gewerbliche Kreditgenossenschaften	+ 666	+15,2
Sonstige Kreditunternehmungen	+ 986	+15,4
Insgesamt	+8 883	+13,7

Zeit	Verbraucherpreisindex I	
	einschl. Saisonprodukte	ohne Saisonprodukte
	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Ø 1963	+2,7	+2,8
1964 I Quartal	+3,5	+6,2
II	+3,4	+5,4
Juli	+5,4	+5,0
August	+5,2	+5,0

Die Preissituation gleicht in bestimmter Hinsicht der vor zwei Jahren. Auch im Frühjahr 1962

Verstärkung des Preisauftriebes

Verbraucherpreisindex I mit und ohne Saisonprodukte;
1958 = 100)



Der Verbraucherpreisindex I war im Juli und August um mehr als 5% höher als im Vorjahr. Im 1. Halbjahr hat die Rate der Preissteigerung 3,5% betragen. Die Verstärkung des Preisauftriebes in den letzten Monaten ging hauptsächlich darauf zurück, daß landwirtschaftliche Saisonprodukte, die bis Juni billiger angeboten wurden als im Vorjahr, teurer wurden. Außerdem ist der Auftrieb der nicht saisonabhängigen Preise wieder etwas stärker geworden.

erreichte der Index wegen Verteuerungen von Saisonprodukten besonders hohe Werte, obwohl die konjunkturbedingten Preissteigerungen des Jahres 1961 bereits abklangen. Während jedoch damals das Nachlassen der Konjunktur die Stabilisierungsbemühungen sehr erleichterte, ist gegenwärtig die Aufgabe der Wirtschaftspolitik viel schwieriger, weil vom Konjunkturaufschwung zusätzliche Auftriebskräfte drohen.

Die Entwicklung der Löhne wird gegenwärtig mehr durch die Arbeitskräfteknappheit als durch gewerkschaftliche Maßnahmen bestimmt. Nach den kräftigen Erhöhungen im Laufe des Jahres 1963 blieben die kollektivvertraglich vereinbarten Entgelte der Arbeiter und Angestellten seit Anfang 1964 annähernd stabil. Nur einige kleine Berufsgruppen und die öffentlich Bediensteten erhielten höhere Bezüge. Die mäßige Aktivität der Gewerkschaften spiegelt sich deutlich im Netto-Tariflohnindex des Institutes für Wiener Arbeiter. Er war Mitte Jänner, nach Abschluß der Lohnrunden des Jahres 1963, um 9,6%, Mitte August aber nur um 4,2% höher als im Vorjahr. Die Tendenz abnehmender Steigerungsraten der Tariflöhne

übertrug sich jedoch nur zum Teil auf die Effektivverdienste. Die Brutto-Wochenverdienste der Wiener Arbeiter waren im I. Quartal um 12,8%, von April bis Juli um 9,7% höher als im Vorjahr (der Rückgang der Steigerungsraten erklärt sich hauptsächlich daraus, daß die Bauarbeiter im I. Quartal dank günstigen Witterungsbedingungen viel mehr verdienten als ein Jahr zuvor). Die Brutto-Monatsverdienste der Industriebeschäftigten in Österreich (einschließlich einmaliger Zulagen) erzielten von April bis Juli mit 10,8% sogar höhere Steigerungsraten als im I. Quartal (9,9%). Die sich weiter öffnende Schere zwischen tariflichen Entgelten und Effektivverdiensten geht zum Teil darauf zurück, daß mehr Überstunden geleistet werden. Auch dürfte der Anteil der Prämien- und Akkordverdienste in dem Maße gestiegen sein, wie Arbeitskräfte, die früher mit Füllarbeit beschäftigt waren, wieder voll produktiv eingesetzt wurden. Vor allem aber vergrößerte die Konkurrenz um die knappen Arbeitskräfte den „wage-drift“ im engeren Sinne (den Abstand zwischen Mindestlöhnen und Effektivverdiensten für Zeitlöhner).

Löhne und Masseneinkommen

Zeit	Massen-	Leistungs-	Monats-	Wochen-	Istif-
	einkommen	einkommen	verdienst	verdienst	
	insgesamt	der Unselbst-	der In-	der Wiener	löhne der
		ständigen	du-	Arbeiter	Wiener
		je Kopf	strie-		Arbeiter
	netto	brutto	beschäftigten	brutto	netto
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
1963	+8,3	+7,8	+5,9	+6,9	+5,6
1964 I. Quartal	+9,3	+9,6	+9,9	+12,8	+9,6
II	+8,2	+7,9	+10,8 ¹⁾	+9,7 ²⁾	+7,5 ²⁾

¹⁾ April bis Juli. — ²⁾ Für Verheiratete mit 2 Kindern ohne Kinderbeihilfen

Obschon die Verdienste zumindest in der Industrie (in den weniger konjunkturreakiblen Zweigen spielt dieses Phänomen eine geringere Rolle) den tariflichen Entgelten vorausliefen, dürften die gesamten Lohneinkommen nicht ganz mit der Entwicklung des nominellen Nationalproduktes Schritt gehalten haben. Eine Einkommensverschiebung zugunsten der Nicht-Lohneinkommen ist in den ersten und mittleren Phasen eines Konjunkturaufschwunges üblich, da die Produktivität überdurchschnittlich wächst und viele Betriebe (etwa die Grundstoffindustrien) ihre Verluste aus der Rezession aufholen (Umgekehrt stieg in der Phase mäßiger Konjunktur von 1961 bis 1963 nach den vorläufigen Ergebnissen der Volkseinkommensstatistik die Lohn- und Gehaltssumme um 17,5%, wogegen die Nicht-Lohneinkommen stagnierten).

Der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen arbeitete im September „ergänzende Vorschläge

zum *Stabilisierungsprogramm* vom Februar 1964“ aus, die in ihren Grundzügen von der Paritätischen Preis-Lohn-Kommission und vom Ministerrat akzeptiert und den zuständigen Ressortministern zur weiteren Behandlung zugeleitet wurden. Unter anderem wird empfohlen: die Vorverlegung der letzten Liberalisierungsetappe vom 1. Jänner 1965 auf den 1. Oktober 1964, Zolllenkungen und Ausgleichsteuerbefreiungen (vor allem für wichtige Konsumgüter) zum gleichen Zeitpunkt, die Förderung der Nettopreisbildung im Handel (Übergang von der bisher üblichen individuellen Rabattgewährung zugunsten einheitlich niedrigerer Preise), die

Aufstockung der Fremdarbeiterkontingente für das nächste Jahr um 25% und ihre teilweise Globalisierung sowie eine sorgfältige Prüfung der Preis- und Lohnanträge in der Paritätischen Kommission. Außerdem werden Maßnahmen vorgeschlagen, um die Ausweitung der kaufkräftigen Nachfrage einzudämmen. Es wird auf die Empfehlung des Beirates an den Finanzminister verwiesen, für 1965 ein konjunkturneutrales Budget zu erstellen (das formelle Defizit soll die Ausgaben für Schuldentilgungen nicht übersteigen). Den Währungsbehörden wird nahegelegt, Vorsoorge gegen eine übermäßige Kreditexpansion zu treffen.